

Bericht vom Anzeigenkreis am 18. Juli 2006

Protokollanten:

Edgar Schu

Rainer Wahls (vor allem *kursiv* geschriebene Abschnitte/Kommentare)

Als weiteres Fazit folgen ganz zum Ende dieses Textes ein paar Handlungsoptionen, die als Vorschlag verstanden sein wollen.

Zusammenfassung vorweg:

Alle Anwesenden waren an einer gemeinsamen gesamtgesellschaftlichen Mobilisierung interessiert. Die anwesenden Gewerkschafter waren sich einig, dass diese Demonstration anders vorbereitet werden und umgesetzt werden muss, als die vom 3. April 2004. (Was das konkret bedeutet, werden wir sehen. Der Block der Bündnisreden wird wohl nicht noch einmal von den Reden der Gewerkschaftsführung abgetrennt, die Kampagne soll bis in das Frühjahr hinein weiterentwickelt werden und bei der Auswahl der Redner/innen wird es wohl eine größere Offenheit geben R.W.). Damit wenigstens in Ansätzen eine tragende Bündnisarbeit entsteht, hat der Kollege Schmitthenner das Instrument des Anzeigenkreises genutzt, um die Themensetzung dort vorzudiskutieren.

Anwesend waren ca. 23 Personen von
ver.di Erwerbslose,
Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen (KOS),
Europäische Märsche,
Bundesarbeitsgemeinschaft Sozialhilfe- und Erwerbsloseninitiativen (BAG-SHI),
Aktionsbündnis Sozialproteste (ABSP),
attac,
IG Metall,
Verbindungsbüro Soziale Bewegungen der IG Metall,
ver.di,
AWO Niederrhein,
und Friedens- und Zukunftswerkstatt.

An den Steuerungskreis des DGB wird heran getragen werden, dass er auch VertreterInnen der sozialen Bewegungen zu Vorbesprechungen einladen möge.
Die Dachkampagne und die Demonstrationen am 21. Oktober sind durch die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses gedeckt, sie wird nicht mehr abgeblasen. Weil der DGB als Dachverband funktioniert, funktionieren muss, kann er seine Kampagne nur so weit entwickeln, dass diese noch von allen Einzelgewerkschaften mitgetragen wird. Das bedeutet im Klartext: die Letztentscheidung über Orte und Redner/innen-Zusammensetzung wird im DGB-Bundesvorstand fallen. In der Zeit der Kampagnenentwicklung wird es wohl möglich sein, dass unterschiedlichste Aktivitäten anderen Organisationen und kollektiver Akteure im Umfeld des Anzeigenkreises aufeinander abgestimmt werden können und dass vorbereitende Veranstaltungen bzw. nachfolgende Aktivitäten, wie der Auftaktkongress am 20. September, gemeinsam ausgestaltet werden könnten. Wohin die Aktivitäten im Frühjahr zielen, das war noch nicht ganz klar formuliert worden. Da erfolgreiche Kampagnen einer dramaturgischen Steigerung und eines guten Abschluss bedürfen, liegt in dieser Frage wohl die größte Schwachstelle und die größte Offenheit, eigene Überlegungen in die Debatte zu bringen.

Ablauf:

I. Hans-Jürgen Urban, Grundsatzkommission der IG-Metall stellt ihre Einschätzung der Regierungskonzepte vor und versucht aus Gewerkschaftssicht darzustellen, welche überschaubare Anzahl an Themenfeldern in den Betrieben unter den Kollegen/innen mobilisierbar eingeschätzt werden, welche den inhaltlichen Rahmen der Kampagne bilden sollen:

Konzepte der großen Koalition

- Immer weitere Entlastung der Unternehmen auf Kosten besonders der Niedrigverdienenden und Erwerbslosen, Politikansatz der Agenda 2010 wird weiterentwickelt,
- Z.B. Gesundheitsreform: Es werden neue Formen von Fonds geschaffen, die bewirken werden, dass die gesetzlichen Krankenkassen zunehmend keinen Krankheitsschutz ohne massive Zuzahlungen und Beitragserhöhungen mehr gewähren.

→ Rente mit 67 und Gesundheitsreform seien in den Metallbetrieben die größten "Aufreger".

Dann die Gegenvorschläge der IG Metall und teilweise auch des DGB gegen die Koalitionspolitik, aus denen heraus der Kampagnenrahmen entwickelt wird:

- Rentenmodelle:
Jeder Mensch soll mehrere Optionen haben, kein starres Regelrenteneintrittsalter. Hier wurde ohne weitere Ausführung auf die Konzepte der IG Metall verwiesen (siehe http://www.igmetall.de/cps/rde/xchg/SID-0A342C90-BAA5ED96/internet/style.xsl/view_12376.htm)
- 1. Generationensolidarität:
 - Ausbildungsplatzumlage und dann Übernahme nach der Ausbildung
 - Gesundheitsreform:
 - Forderung nach Wiederherstellung der Parität, kein Fond, keine Zusatzbelastungen, qualitätsgeprüfte Vollversorgung für alle!
- 2. Soziale Mindeststandards bei Einkommen und Erwerbslohn: armutsfeste Grundsicherung, gesetzlicher Mindestlohn, Verbindlichmachung der untersten Tariflöhne, die bei Branchen oberhalb des Mindestlohns liegen
 - Zweistufige Regelung:
 1. Wo gültige Tarifverträge, untere Tarifgruppe als Mindestlohn
 2. Wo die unter dem gesetzlichen Mindestlohn liegen würden -> gesetzlicher Mindestlohn!
 - -> Mindestsicherung innerhalb und außerhalb der Arbeit
Mindestlohn und Mindestsicherung (**hier ist auch das Thema Grundsicherung/Grundeinkommen miterfasst E.S.**)
- 3. Unternehmenssteuer:
Gesellschaftliche Stimmung hat sich wohl geändert, schärfer gegen die Unternehmen.
- 4. Mitbestimmung:
 - Arbeitgeber wollen die Mitbestimmung schleifen. Z.B. weg mit dem Montanmodell.
 - Aber auch die weiteren Mitbestimmungsstrukturen zerstören. Der DGB will dies natürlich nicht zulassen. Also ein weiteres Thema für den Herbst.

5. Kündigungsschutz:

Abbau stellt Verschärfung der Drohung mit Arbeitslosigkeit dar.

Gewerkschaftliche Forderung: Hier soll es keine Änderung geben!

Nun die groben Positionen in den Gewerkschaften, teilweise Vorbehalte:

- Die Schmoltdt-Position (IG BCE) (, die besagt, dass man auf jeden Fall weiter mit der SPD im brüderlichen Austausch bleiben muss. Etwas freie Wiedergabe der Worte, wie Urban die Schmoltdt-Position beschrieben hat, durch den Protokollanten E.S.)
- "Grundlegende Änderungen sind schwierig. Wie wollen wir etwas erreichen?"
- "Wir müssen etwas tun, solange es noch geht!"

Ende des etwas längeren Inputs durch Hans-Jürgen Urban. Danach gab es eine größere Diskussion:

- *Sollte das Thema Arbeitszeitverkürzung mit aufgenommen werden? (Angela Klein / Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit). Das Thema der Wochen- und Lebensarbeitszeit könnte eine strategische Forderungsklammer sein. Altersarmut ist nicht nur ein Thema der Rentenhöhe. Antwort: Wird in den Betrieben gerade problematisch eingeschätzt, wird aber wohl bei den nächsten Auseinandersetzungen mit den Unternehmern ein wichtiges Thema werden. Soll deshalb perspektivisch ausgebaut werden aber nicht im Mittelpunkt dieser Dachkampagne stehen. (Der Vorteil einer „Dachkampagne“ ist, dass Bündnispartner ein „Zimmer“ darunter ausgestalten können, bzw., dass es natürlich „Anbauten“ von zentralen und regionalen Kooperationspartnern in einer solchen Kampagne geben kann. R.W.)*
- *Attac wird einen Handlungsschwerpunkt auf das Thema „globale soziale Rechte“ legen und seine Aktivitäten in Vorbereitung des G8-Treffen im nächsten Jahr entwickeln. Sollte dieses Thema eingefügt werden? (Werner Rätz attac) Antwort Schmitthenner: Er schätzt persönlich ein, dass es vorstellbar ist einen Gegenkongress als IGM, wohl auch als ver.di-Bundesvorstand mit zu unterstützen. Zu Demonstrationen werden die Einzelgewerkschaften und der DGB wohl kaum aufrufen. In dem Sinne ließe sich eine Zusammenarbeit weiterentwickeln, sollte aber nicht Schwerpunkt der Dachkampagne werden.*
- *Die Frage einer armutsfesten und repressionsfreien Grundsicherung darf nicht als „Anhängsel“ zur Mindestlohn-Kampagne behandelt werden. Das Korridor-Modell für den Mindestlohn-Modellvorschlag sollte offensiver dargestellt werden, weil er sich in der Zielmarke an die Mindestlohnforderungen von 10 Euro der sozialen Protestbewegungen annähert und damit beides anschlussfähig ist, wenn es auch unterschiedliche Vorstellung über Einstiegshöhen und Entwicklungszeiträume gibt. (in ähnliche Richtung haben die BAG-SHI, das ABSP und Bernhard Jirku vom Bundeserwerbslosenausschuss ver.di argumentiert) In der Antwort wurde die Gleichwertigkeit beider Forderungsbereiche ähnlich gesehen. Eine Sprachregelung könnte die Forderung von „mindestens 420 € Grundsicherung“ entsprechend der Berechnungen des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes sein, die eine Argumentation in Richtung 500 € AlgII-Erhöhung nicht ausschließt. (Die Debatte über eine armutsfeste und repressionsfreie Grundsicherung als ein Einstiegsprojekt und den Ausbau hin in Richtung eines Grundeinkommens werden wir als eine Diskussion innerhalb der Sozialproteste in eigenen Veranstaltungen weiterführen können. Das wird aber wohl keine zentrale Forderungsebene innerhalb der Dachkampagne sein können. R.W.)*

- Bündnisfähigkeit bedeutet für die Leute aus den Sozialprotesten, dass sie ihre Positionen nicht durch einen „Funktionärs-Redner“ vertreten sehen wollen, sondern dass es ihnen sehr wichtig ist, auch betroffene Menschen selber zu Wort kommen zu lassen. (R.W.) Diese Aufforderung wurde nickend zur Kenntnis genommen.

**II. Koordinator der Herbstkampagne von Seiten der IG Metall, Axel Gerntke:
Die Demonstrationen in 4 bis 6 Städten am 21. Oktober sollen nur ein Teil einer
Gesamt-Herbstkampagne sein.**

1. Für die gesamte Kampagne werden gerade von den Grundsatzabteilungen der Einzelgewerkschaften und vom DGB Argumentationshilfe, Broschüren und Plakate erarbeitet.
Am 20. September wird es eine große Auftaktveranstaltung in Berlin geben. Zielgruppe sind primär die Betriebs- und Personalräte. In diesen Kongress sollen aber auch die „Bündnispartner“ involviert sein.
2. Um nicht in einen quantitativen Vergleich zum 3.4.04 gebracht zu werden, wird es zwischen 4 und 6 Demonstrationen geben. Relativ fest stehen Berlin (Hauptstadt und Medienort), Stuttgart (wohl durch energisches Betreiben des Kollegen Riexinger R.W.), Frankfurt (M) (sinnvoll wegen den Protesten bei Allianz und studentischen Auseinandersetzungen R.W.), Dortmund (?), mittlerweile wohl auch München. (Mir ist aus den Diskussionen mit Berliner Gewerkschaftern bekannt, dass sie die Westlastigkeit als ein Problem wahrnehmen. Würde ich auch ähnlich einschätzen. Im Osten gäbe es aus meiner Sicht heraus nur 2 geeignete Demonstrationenorte: Rostock oder Leipzig. Diese Debatte müssen aber die Gewerkschafter führen, besonders die aus dem Osten und die Berliner, die mental Westberlin verlassen haben. R.W.)
3. Am 8. Oktober wird es eine Veranstaltung geben, wo man sich mit den verschiedenen Politikfeldern auseinander setzt.

Weitere Punkte, über die gesprochen wurde:

- Angesprochen wurde die perspektivische Wichtigkeit eines bedingungslosen Grundeinkommens.
- Es wurde die Schwierigkeit der Lage angesprochen, dass Erwerbstätige zu ungeheuerlich geringen Löhnen gedrängt werden. Erwerbslose und Erwerbstätige verfügen über immer weniger Geld.
- Es wurde die Notwendigkeit betont, dass es mit dem 21. Oktober nicht so läuft wie mit dem 3. April 2004. Eine Gemeinsamkeit müsse sichtbar werden. Es wäre notwendig, z.B. in Berlin die Demonstration gemeinsam in einem breiteren Bündnis zu organisieren. Weiterhin stehe ein massiver Angriff der großen Koalition auf die Regelleistung bevor. Es gebe Überlegungen, hiergegen mit geeigneten Kampagnen dagegen vorzugehen.
- Es wurde vorgeschlagen, zu begrüßen, wenn es zur Gründung von regionalen Bündnisse kommt, die Veranstaltungen und Aktionen im Rahmen der Dachkampagne umsetzen oder eigene entwickeln. Sinnvoll kann es sein, wenn in den konkreten Demonstrationenorten solche mittragende „Sozialbündnisse“ entstehen würden. In Berlin gibt es gute Erfahrungen mit einer solchen Bündnisarbeit. Ein offener Brief aus dem Lenkungskreis an die Regionalstellen des DGB's würde sehr hilfreich sein.
- Die Triade Arbeitszeitverkürzung, Mindestlohn, Grundeinkommen wurde als einigendes Muster für den 21. Oktober vorgeschlagen.
- Auch, dass die Studierenden nicht aus dem Blick gelassen werden sollten, vor allem wegen Studiengebühren und der Proteste dagegen, wurde erwähnt.

- Von Seiten des ABSP wurde angemerkt, dass eine gesamtgesellschaftliche Mobilisierung angestrebt werde. Dass dafür ein gemeinsames Auftreten von Erwerbstätigen und Erwerbslosen notwendig sei, damit eine weitergehende Dynamik mit Tarifkämpfen und weiteren Aktionen zivilen Ungehorsams möglich werde.
- Die Sozialproteste könnten z.B. durch gemeinsames Auftreten mit wahrnehmbaren Fahnen die Anwesenheit nicht nur von Gewerkschaftern deutlich machen.

Als Fazit kann festgehalten werden:

Es ist ein klarer Wille im Anzeigenkreis zu erkennen, dass der DGB bei dieser Kampagne nicht so dominant auftritt, wie es am 3.4.04 geschehen ist, dass aber natürlich die thematische Breite, Forderungen und Redner/innen-Konzept vom Gesamt-DGB, sprich Bundesvorstand mitgetragen werden muss.

Eine gesellschaftliche Mobilisierung haben wir seit langem gefordert, ein dezentrales Demonstrationskonzept erleichtert uns eine eigene Mobilisierung und damit Sichtbarkeit auf den Demonstrationen.

Wir sollten uns offensiv und konstruktiv in die Kampagnen-Entwicklungsphase einbringen, um unser spezielles Themenfeld einer armutsfesten und repressionsfreien Existenzsicherung sichtbar zu machen und im Sinne einer freien und gleichen Kooperation unsere Kampagnenansätze mit denen der Dachkampagne des DGB's zu takten.

Wir sollten wenigstens an den Demonstrationorten regionale Trägerbündnisse mitbegründen, bzw. den Wunsch dazu signalisieren. Der Lenkungskreis muss sich im Rahmen des aushandelbaren Konsens im Gesamt-DGB bewegen. Sinnvoll wäre eine erweiterte Bündnisgruppe um den Lenkungskreis in der Zeit der Kampagnenentwicklung, um Aktivitäten anderer Organisationen und kollektiver Akteure aufeinander inhaltlich und in der zeitlichen Dramaturgie abzustimmen.

Regionale Sozialbündnisse können größere Handlungsfreiheiten bei der Umsetzung der Dachkampagne haben. Das betrifft inhaltliche Mobilisierungs-Veranstaltungen und auch Vorschläge für konkrete Redner/innen entsprechend der geplanten Redenschwerpunkte. Wir sollten darauf drängen, dass an die Spitze von Demonstrationen jeweils „bunte Blöcke“ gestellt werden, bei denen sowohl die verschiedenen Einzelgewerkschaften als auch die anderen Bündnispartner sichtbar werden.

Relativ offen ist die Frage der Frühjahrs-Aktivitäten bzw. wie aus den Forderungen und unterstützenden Konzepten ein guter Abschluss für die Dachkampagne entwickelt wird, aus dem heraus eine nächste Handlungsperspektive entsteht. Bei diesem Punkt besteht eventuell die größte Offenheit, weil es dort noch keine klaren Vorstellungen gibt.

Regionale und lokale Sozialbündnisse können nur für die Zeit der Dachkampagne entstehen, es ist aber durchaus möglich, dass innerhalb der Mobilisierungsarbeit genügend Gemeinsamkeiten und Belastbarkeiten entstehen, so dass eventuell in den Fragen des gesetzlichen Mindestlohns, einer armutsfesten Grundsicherung, der notwendigen Beratungstätigkeit für Erwerbslose oder gemeinsamer Aktivitäten gegen Privatisierungsvorhaben vor Ort bzw. Unterstützungen bei betrieblichen Auseinandersetzungen weitergehende Zusammenarbeit geben kann.

Daher macht es einen Sinn, wenn wir uns in die Mobilisierung des DGB's einbringen, unsere eigenen Aktivitäten damit argumentativ und zeitlich abstimmen. Die Initiative zu mittragenden Bündnisstrukturen auf der lokalen und regionalen Ebene wird nicht vom DGB kommen können, der Anzeigenkreis und die Lenkungsgruppe können aber so eine Entwicklung begrüßen.

Deshalb würden wir vorschlagen:

1. dass wir aus unserem Netzwerk heraus in diesem Sinn Kontakt mit den jeweiligen Einzelgewerkschaften suchen,
2. wir einen Vorstoß für ein Gespräch mit dem Lenkungskreis machen, mit dem Ziel, im Rahmen einer erweiterten Bündnisgruppe die jeweiligen Aktivitäten bis in das Frühjahr abzustimmen und möglichst einen gemeinsam getragenen Vorschlag für die Anzahl der Reden und deren inhaltliche Schwerpunkte zu entwickeln.
3. Sollte es zu regional mittragenden Bündnisstrukturen gekommen sein, dann sollten von dort aus Vorschläge für die Bündnisreden an den Lenkungskreis und an den DGB-Bundesvorstand weiter gereicht werden.
4. Wir sollten eigene Mobilisierungsveranstaltungen organisieren und einen Aktionsschwerpunkt in der Woche vor der Demonstration entwickeln. (In Berlin wurde diskutiert, die Fragen der Kosten der Unterkunft, der Stallpflicht für junge Erwerbslose, der Residenzpflicht als Einschränkung von Bürgerrechten zu thematisieren und den neuen „Kontroll- und Maßnahmenstaat“ durch eine Zeltbelagerung der Agenturen sichtbar zu machen. R.W.)
5. Wir sollten uns recht schnell Gedanken darüber machen, was wir in Weiterführung der Aktivitäten vom Herbst als politisierbare Zuspitzungspunkte im Frühjahr sehen? (100% Entzug der Leistung bei unwilligen „BERATUNGSKUNDEN“? R.W.)